

metallnachrichten

» Eine Information für die Beschäftigten im Bereich Metallbau und Feinwerktechnik Baden-Württemberg

1. Tarifverhandlung Metallbau und Feinwerktechnik ohne Ergebnis vertagt

20. November 2012

IG Metall fordert 5% mehr Lohn und Gehalt

Fünf Prozent mehr Lohn und Gehalt für die Beschäftigten der Branchen Metallbau und Feinwerktechnik fordert die IG Metall in der aktuellen Tarifrunde.

2012 sei zwar mit einer Abschwächung des Wachstums zu rechnen, eine Rezession ist jedoch nach den Einschätzungen der Wirtschaftsforschungsinstitute nicht in Sicht, so begründete **Walter Beraus**, von der IG Metall-Bezirksleitung Baden-Württemberg und Verhandlungsführer die Forderung zum Auftakt der Verhandlungen.

Ein prognostiziertes Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von rund einem Prozent, eine Erhöhung der Verbraucherpreise um rund zwei Prozent sowie eine Umverteilungskomponente bilden die Grundlage für die Höhe der Forderung. Nachholbedarf besteht durch die in den letzten Jahren zurückgegangenen Ausgaben für den privaten Konsum.

Die Situation in den Branchen

wurde bei der Forderung ebenfalls berücksichtigt.

Um gezielt Fachkräfte rekrutieren zu können, spielt auch die Attraktivität der Branche und somit auch die Höhe der Entgelte eine entscheidende Rolle. Die Forderung wurde von den betrieblichen Kollegen der Verhandlungskommission unterstützt.

Ewald Schulz, Verhandlungsführer der Arbeitgeberseite wies die Forderung nach Erhöhung der Löhne und Gehälter in dieser Höhe zurück. Nach Angaben des statistischen Landesamtes entwickle sich die Situation im Maschinenbau negativ, argumentierte er. Nach einer aktuellen Erhebung des Verbandes vom Oktober, hat sich innerhalb von 4 Wochen die Situation in den Branchen erheblich verschlechtert.

Wenn die Forderung halbiert und davon dann noch ein kräftiger Abschlag vorgenommen werden



würde, dann könne eine Lösung in der 1. Tarifverhandlung gefunden werden, so Schulz weiter.

Dieses Ansinnen der Arbeitgeberseite wurde von Seiten der IG Metall-Verhandlungskommission zurückgewiesen. Auf dieser Basis ist keine Lösung sichtbar. Die Verhandlungen wurden auf den 29. November 2012 vertagt.